

# Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim  
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße  
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 18. März 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 3 / 2011 |

## Atom: CDU wechselt Hals über Kopf ihre Gesinnung

Kanzlerin Merkel fürchtet nicht die Gefahr der Atomkraft, sondern die des Machtverlusts / SPD legt Energiekonzept vor

In Worte lässt sich Trauer und Entsetzen schwer kleiden. Aber wir Deutschen fühlen mit den Japanern, die schwer unter der Atom-Katastrophe leiden. Garrelt Duin: „Das japanische Volk verdient unser Mitgefühl. Wir lassen es nicht alleine und wünschen den Menschen dort viel Kraft.“

Fukushima bestimmt auch die politische Debatte bei uns. Sie wird hauptsächlich durch Kanzlerin Merkel verursacht. Besser als der Journalist Jakob Augstein kann man es kaum sagen: „Wenn einer das Richtige aus falschen Gründen tut, ist Misstrauen angebracht: Angela Merkel hat schnell (ab)geschaltet. Sie fürchtet nicht die Gefahren der Atomkraft, sondern die Gefahren des Machtverlusts.“

Die CDU hat über Jahrzehnte eine Atompolitik betrieben, von der sie sich Hals über Kopf verabschiedet hat, genau vom Morgen zum Nachmittag eines einzigen Montags. Seitdem versuchen Angela Merkel und ihre Gesinnungsakrobaten die Menschen für dumm zu verkaufen. Diese sollen ihnen die Kehrtwende als glaubhaft abnehmen.

Die Konservativen hielten der

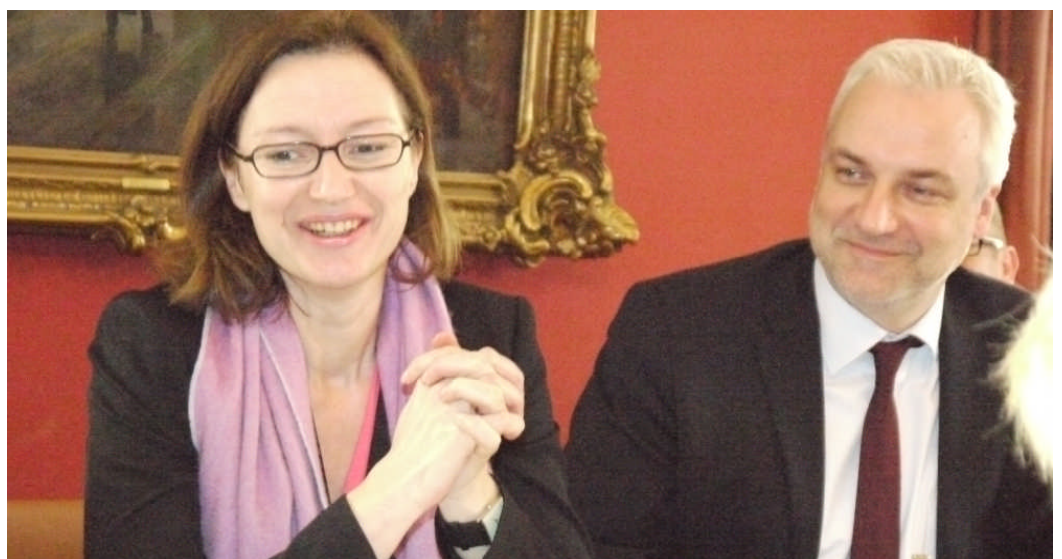
Atomkraft entgegen aller Vernunft die Treue. Bis jetzt in Japan ein Atomkraftwerk in die Luft flog. Seitdem ist auch für die Physikerin Merkel ein Atomkraftwerk so risikoreich, dass sie abgeschaltet gehören - wenn man ihr glauben darf. Um noch einmal Jakob Augstein zu zitieren: „Die Kanzlerin schert sich nicht

um ihr Geschwätz von gestern.“ Das heißt: Wenn wieder Ruhe einkehrt, wird sie die Atomkraftwerke wieder laufen lassen. Verfassungsrechtlich steht das Moratorium ohnehin auf sehr wackligem Boden.

Das Konzept der SPD für eine atomkraftfreie Zeit: Mehr Windparks auf See, mehr Strom aus

Biomasse wie Holz und Erneuerung von Gas- und Kohlekraftwerken, um den CO2-Ausstoß zu verringern und die Effizienz zu steigern. Der Netzausbau soll weitgehend mit Erdkabeln erfolgen, vor allem in der Nähe von Wohngebieten. Nötig ist ein Innovationsfonds von einer Milliarde Euro pro Jahr.

## Bettina Schaustens Sicht der Dinge



Handlungsanweisungen gab Bettina Schausten nicht, aber sie stellte einige Fragen, welche die SPD beantworten müsse: „Wie weit links, wie weit Mitte, wie gewinnt sie am besten Wahlen?“ Die Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios in Berlin sprach über „Innenpolitik aus medialer Sicht“ vor SPD-Bundestagsabgeordneten des Seeheimer Kreises, deren Sprecher Garrelt Duin ist.

## Bundespräsident spricht mit Wirtschaftspolitikern



Bundespräsident Christian Wulff empfing die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie in seinem Amtssitz Schloss Bellevue in Berlin. Sie sprachen in freundlicher Atmosphäre zwei Stunden über aktuelle wirtschaftliche Fragen. Unser Bild zeigt den Präsidenten und die Obleute der Fraktionen: Von links Dr. Martin Lindner, FDP; Garrelt Duin, SPD; Ausschussvorsitzender Eduard Oswald, CSU; Christian Wulff; Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen; Ulla Lötzer, Die Linke; Dr. Joachim Pfeiffer, CDU. Wulff und der Wirtschaftsausschuss vereinbarten, weiter im Gespräch zu bleiben.

## Internet: Das Netz muss frei und offen bleiben

**SPD: Netzneutralität muss gesichert bleiben / Mindestqualität wahren / Keine Diskriminierung von Anbietern und Nutzern**

Ob im Beruf oder im Privaten: Das Internet beeinflusst weite Teile des Lebens. Es bietet große Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft. Innerhalb weniger Jahre entwickelte es sich zu einem Leitmedium. Aber nach wie vor fehlen zuverlässige gesetzliche Regeln.

Die Bundesregierung hat die Bedeutung der Netzpolitik noch

nicht richtig erkannt und legte einen wenig sagenden Gesetzesentwurf vor. Die SPD ist damit nicht zufrieden. Sie arbeitet deshalb an einem umfassenden Antrag. Jüngst diskutierten Wirtschafts- und Netzpolitiker der Bundestagsfraktion unter Leitung von Garrelt Duin mit Experten, die das Thema aus Sicht der Wirtschaft, der Verbraucher und der Wissenschaft beleuchteten.

Die SPD verfolgt vier netzpolitische Ziele:

1. Das Internet bleibt ein freies und offenes Medium, mit Meinungsvielfalt ohne Zensur und Kontrolle innerhalb der Gesetze;
2. Jedermann kann gleichberechtigt im Internet aktiv sein und hat Zugang zu allen Inhalten;
3. Das Netz muss funktions- und leistungsfähig sein;
4. Eine dy-

namische Entwicklung des Internets und seiner Dienste setzt einen fairen Wettbewerb voraus.

Um die Ziele zu erreichen, ist die Netzneutralität entscheidend. Es geht um die Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel. Garrelt Duin: „Wir wollen die Netzneutralität gesetzlich absichern.“

## Zukunft der Meere

**„Zukunftsgespräche“: Für die Küste heute das Morgen denken**

Die Reihe „Zukunftsgespräche“ wird am 1. April um 18 Uhr im Schloss Dornum fortgesetzt. Garrelt Duin und Erwin Wenzel laden alle dazu ein. Thema: „Die Zukunft der Meere“. Europaabgeordneter Matthias Groote referiert und diskutiert dann mit

Siegfried Popp vom Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz und Landrat Walter Theuerkauf. Das Publikum kann Fragen stellen. Erwin Wenzel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Aurich, gibt ein Kurzstatement ab.

## Gleiches Geld für Frauen

**SPD will Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen**

Deutschland hat sich 1997 im Amsterdamer Vertrag verpflichtet, den Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen einzuhalten. Trotz dieses Diskriminierungsverbots wächst der Einkommensunterschied zwischen Männern und

Frauen. Er liegt bei 23 Prozent. Die SPD fordert die Bundesregierung deshalb auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Entgeltgleichheit endlich durchzusetzen. Denn freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft bringen uns hier nicht weiter.

## CDU privatisiert Pflege

**Gesetzentwurf der Union: Kein Rechtsanspruch auf Pflegezeit**

Pflege, Betreuung und Arbeit unter einen Hut bringen - ein Thema, das immer wichtiger wird. Die Menschen werden immer älter, immer mehr arbeitende Frauen und Männer werden sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern müssen. Bundesfamilienministerin Schröder, CDU, hat jetzt ein neues Familienpflegezeitgesetz angekündigt, dessen Entwurf nach erster Durchsicht nichts anderes als eine Mogelpackung ist.

Ende vergangenen Jahres hatte Frau Schröder noch vollmundig einen Rechtsanspruch für Arbeitnehmer auf Familienpflegezeit versprochen. Dieser Anspruch findet sich jedoch nicht im vorliegenden Entwurf. Der Arbeitnehmer muss auf den guten Willen des Arbeitgebers hoffen. Auf einen Rechtsanspruch kann er nicht pochen. Das haben mehrere Sozialverbände scharf kritisiert. Garrelt Duin: „Das Familienpflegegesetz in dieser Form erscheint mir überflüssig.“

Das 2008 von der damaligen Ministerin Ulla Schmidt, SPD, ausgearbeitete Pflegezeitgesetz enthält bereits rechtliche Ansprüche auf kurzfristige Freistellung von der Arbeit und auf Freistellung bis zu sechs Monaten, um Angehörige zu pflegen.

Außerdem gibt es Vereinbarungen in Betrieben und Behörden, die Arbeitnehmern es ermöglichen, Pflege und Beruf zu vereinbaren. Ministerin Schröder plant nun eine Versicherungspflicht für Arbeitnehmer, die Angehörige pflegen. Das ist ein weiterer Schritt, das Pflegerisiko auf einzelne Schultern zu laden und zu privatisieren. Der Arbeitnehmer muss die Versicherung auf eigene Kosten abschließen. Garrelt Duin: „Auch in der Pflege brauchen wir eine Versicherung, in der die Gemeinschaft für den Einzelnen einsteht.“ Sicher ist, dass die zusätzlichen Belastungen vor allem für Frauen Nachteile haben. Denn die meisten Pflegepersonen sind Frauen.

## Familie hat Vorrang

**Ganztags-Kitas und -Schulen / Anspruch auf Teilzeitarbeit**

Immer mehr Männer und Frauen wollen beides: Arbeiten und für ihre Familie und Kinder da sein. Aber immer noch fehlen Betreuungsangebote für Kinder, familiengerechte Arbeitszeiten und alte Rollenmuster („Die Frau gehört an den Herd“). Die Folge sind ungewollte Abhängigkeiten von Partnern oder der unfreiwillige Verzicht auf Arbeit in einem Beruf - oder aber der Verzicht auf Kinder und Familie.

Weil sie Familie und Beruf nicht überein bringen, können Frauen oft nichts oder nur wenig zum Lebensunterhalt der Familie beitragen oder diesen gar aus eigener Kraft sichern. Vor allem Alleinerziehende führt das oft direkt in die Sozialhilfe.

Gleichzeitig ist die Arbeitswelt auf Fachkräfte angewiesen, die zunehmend fehlen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist somit auch ein ökonomischer Faktor.

Die SPD schreibt sich Ganztags-

betreuung für Kinder auf ihre Fahnen. Alle Eltern sollen für ihre Kinder das Angebot eines ganztägigen vorschulischen Betreuungsplatzes erhalten. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz soll zu einem Anspruch auf einen Ganztagsplatz ausgeweitet werden.

Garrelt Duin: „Wir fordern einen Masterplan Ganztagschule 2020 von Bund und Ländern, spätestens in zehn Jahren müssen alle Schüler die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen.“

Um arbeitssuchenden Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, brauchen wir eine spezialisierte Arbeitsvermittlung. Das Prinzip: Jobcenter müssen jedes Arbeitsangebot mit einem Betreuungsangebot für Kinder verbinden. Zur Ganztagsbetreuung gehören familienfreundliche Arbeitszeiten. Die SPD will Beschäftigten deshalb einen Anspruch auf Teilzeitarbeit geben.

## Besser

**Pflege muss überschaubar sein**

Krankenkassen kontrollieren Pflegeheime, ihre Leistungen und Qualität und stellen die Ergebnisse ins Internet. So sind die Heime vergleichbar - ein Meilenstein für den Verbraucherschutz in der Pflege, den die SPD 2008 erreichte. Bisherige Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass die Vereinbarungen in einigen wichtigen Punkten nachgebessert werden müssen - vor allem das lückenhafte zufallsgesteuerte Verfahren für die Stichproben, den zu erweiternden Prüfkriterienkatalog und das unausgewogene Bewertungssystem. Die SPD fordert die Bundesregierung in einem Antrag auf, die Vereinbarungen über die Transparenz der Pflege zu überarbeiten und zu verbessern.

## Wirtschaft mit europäischem Akzent



Haushalte sanieren und in Zukunftsvorhaben investieren. Dafür muss die Euro-Zone eine Balance finden. SPD-Wirtschaftspolitiker sprachen in Brüssel über Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Unser Bild zeigt MdB Klaus Barthel, MdB Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im EU-Parlament, die MdB Martin Dörmann, Rolf Hempelmann und Manfred Nink.

## Verkehr stockt

SPD: Verkehrswege brauchen mehr Geld / Leitbild Mobilität

Straßen, Bahnen und Wasserwege in Deutschland sind nicht im besten Zustand - aber eine entscheidende Grundlage für ein funktionierendes Industrie- und Dienstleistungsland. Trotzdem behandelt die Bundesregierung die Verkehrspolitik wie eine lässliche Nebensache. Jedenfalls reicht das Geld im Bundeshaushalt 2011 und in der mittelfristigen Finanzplanung bei weitem nicht aus, um das Niveau des deutschen Verkehrsnetzes zu erhalten oder gar dem wachsenden Verkehr anzupassen.

Garrelt Duin: „Ich habe von Verkehrsminister Ramsauer noch kein Wort über ein Verkehrskonzept gehört, und im Kabinett hat er wenig zu melden.“ Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Regierung bereits im Februar vori-

gen Jahres zu einem Konzept aufgefordert, der Verkehrsausschuss hat dazu sogar einen Antrag eingebracht. Darin verlangt die SPD ein Leitbild „Mobilität des 21. Jahrhunderts“ zu entwickeln und eine Reformdebatte zur Verkehrsinfrastrukturpolitik anzustoßen. Diese Diskussion soll in die Debatte der Europäischen Kommission über Verkehr einfließen. Garrelt Duin: „Verkehrsfragen können nur europäisch gelöst werden, Deutschland ist ein Durchgangsland, wie wir täglich auf unseren Straßen sehen.“

Die Regierung muss den Sachverstand des Bundestags, der Bundesländer, der Wissenschaft und der Praxis einbinden und so Wege zur Finanzierung der Projekte finden.

## Fremdwort für Regierung

SPD verlangt Strategie für Seltene Erden und Edelmetalle

Seltene Erden der Metalle - das klingt exotisch und höchst langweilig. Tatsächlich verbirgt sich dahinter eine brisante Frage nach Rohstoffen, ohne die unsere Wirtschaft nicht auskommt. Seltene Erden, wie sie kurz genannt werden, und Edelmetalle zählen zu den Rohstoffen, die sich verknappen. Dummerweise liegen sie nicht in deutschen Böden, sondern in Asien, Australien, USA oder Kanada. Aber es mangelt auch an Kupfer, Stahl, Nickel und Aluminium. Bauherren und Handwerker wissen ein Lied zu singen von immer teurer werdendem Kupfer.

Weltweit nimmt die Nachfrage nach Rohstoffen zu. Die Europäische Kommission warnt bereits vor Rohstoffknappheit, die noch durch künstliche Verknappung in

China befeuert wird. In Deutschland gefährden Versorgungspässe schon dieses Jahr die Produktion. Besonders schlimm ist es bei Seltenen Erden, die zur Herstellung von Computern oder Handys gebraucht werden. Auch Windkraft-Generatoren kommen nicht ohne Seltene Erden aus.

Garrelt Duin: „Vor diesem Hintergrund fordern wir von der Regierung, eine Strategie zur Rohstoffsicherung zu entwerfen.“ Ziel muss eine weltweite Regelung sein, die allen Anbietern und Abnehmern gleiche Bedingungen sichert. Die Regierung muss sich bei der Welthandelsorganisation für einen fairen und offenen Zugang zu Rohstoffen stark machen. Exporthemmnisse und -beschränkungen müssen verschwinden.

## SPD hört Sorgen der Landwirte



Vertreter der ostfriesischen SPD sprachen mit dem Landvolk über Probleme der Landwirtschaft. Futtermittelüberwachung, steigender Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen, Biogas- und Hähnchenmast-Anlagen waren Themen. Von links Kreislandvolkvorsitzender Justus Akkermann, Leer, Landvolk-Präsident Erich Hinrichs, Wittmund, MdL Wiard Siebelts, MdB Garrelt Duin, Kreislandvolkvorsitzender Peter Dirksen, Aurich, MdL Hanne Modder, Kreislandvolkvorsitzender Carl Noosten, Emden-Norden.

### Spruch der Woche

„Die Sicherheit ist wichtig, und die ist zu trennen von der Laufzeit.“

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - wenige Stunden, bevor Kanzlerin Merkel die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke aufhob.

### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de